

Beschluss

## **Entwicklungspolitik fängt bei uns an – die Millennium Development Goals sind ohne die Kommunen nicht zu erreichen**

Der Gipfel zu den Millennium Development Goals (MDGs) im Oktober 2010 in New York hat die absehbare und teils düstere Zwischenbilanz bestätigt. Sichtbare Erfolge im Kampf gegen extreme Armut, Bildungsnotstand, Diskriminierung von Frauen, Hunger und Aids können künftig nur durch eine verstärkte und gemeinsame Kraftanstrengung erreicht werden. Dabei sind Bundesregierung und internationale Organisationen gleichermaßen in die Pflicht zu nehmen, wie Länder und Kommunen. Im Rahmen ihrer Kompetenzen und Möglichkeiten müssen Länder und Kommunen weit intensiver als bisher die umfassenden Ziele der MDGs auf ihre lokale und kommunale Ebene herunter brechen, um sie politisch und im ganz konkreten Handeln zu unterstützen.

Die bescheidenen Ergebnisse der Entwicklungspolitik der letzten Jahrzehnte zeigen, dass Armut, Hunger, die weltweit zunehmende Migration und der Klimawandel nur dann erfolgreich bewältigt werden können, wenn auch die Industrienationen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und auch die eigenen Verhaltensweisen ändern, insbesondere die Welthandelsbedingungen fairer gestalten und ihre Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern intensivieren. Das politische Handeln folgt dieser Erkenntnis jedoch nur unzureichend und zögernd.

Die Kommunen der Industrienationen können dabei eine zentrale Rolle spielen. Dies wurde bereits 1985 durch die Innenministerkonferenz der Länder bestätigt und zuletzt 2008 durch den Beschluss der Ministerpräsidenten nochmals deutlich hervorgehoben. Auch internationale und nationale Studien - wie z.B. eine Studie des Deutschen Institutes für Entwicklungspolitik (DIE) aus dem Jahr 2009 zeigen detailliert das positive Potential, dass die Länder, aber auch die Kommunen haben.

Kommunale Entwicklungspolitik (KEPol) hat ihre eigenen Schwerpunkte und besonderen Stärken. Sie sollte sich zunächst auf Aktivitäten in den Kommunen selber fokussieren, denn dort besteht wie kaum an anderer Stelle die Chance, Bürgerinnen und Bürger entwicklungspolitische Perspektiven nahezubringen. Die Entwicklungspolitik (EP) des Bundes legt ihren Fokus auf die Auslandstätigkeit, unterstützt also Partner und Projekte bzw. führt selber Projekte durch. Die KEPol kann dies in Form von Inlandsarbeit ergänzen. Dieser Schwerpunkt muss eigenständige Aktivitäten der Kommune im Ausland nicht ausschließen, im Sinne einer kohärenten und ergebnisorientierten EP müssen diese jedoch in enger Abstimmung mit internationalen Organisationen und der EP des Bundes durchgeführt werden. Eingebettet in ein Netzwerk internationaler Akteure und in direkter Absprache mit den relevanten Partnern, wird es den Kommunen möglich sein, auch über ihre eigene Region hinaus einen kleinen aber wichtigen Beitrag zu leisten - einen Beitrag um den Zielen der MDGs näher zu kommen.

## **Neue Strukturen in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit – Chancen für die Kommunen jetzt nutzen**

Parallel zur deutlich zu kurz geratenen Fusion der entwicklungspolitischen Vorfeldorganisationen (GTZ, DED und InWEnt verschmelzen zur Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (giz) – mit der kfw bleiben Doppelstrukturen bestehen) ist eine neue Servicestelle für entwicklungspolitisches Engagement dabei zu entstehen, welche u.a. die KEpol unterstützen soll. Diese Servicestelle war im Vergleich zur Fusion kaum Thema in der Presse. Trotzdem muss sie von Parlamenten und Räten gleichermaßen kritisch begleitet werden. Denn Kommunen und Ländern nutzt eine solche Servicestelle nur, wenn sie passgenaue Unterstützung bietet. In ihrer Struktur und Größe wird sich zudem die Bedeutung niederschlagen, welche die Ministerpräsidentenkonferenz aber auch die Bundesregierung den zivilgesellschaftlichen Initiativen und der KEpol beimisst.

Eine solche neue Servicestelle, hervorgegangen aus dem Fusionsprozess der deutschen Vorfeldorganisationen, ist also zunächst als Chance zu sehen. Eine intensive Beteiligung von VertreterInnen der Länder, Kommunen und der Zivilgesellschaft in der Steuerung dieser Servicestelle ist der Weg, um eine erfolgreiche Zusammenarbeit des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) mit den Ländern und Kommunen dauerhaft zu gewährleisten. Dabei muss sicher gestellt werden, dass die kommunalen Initiativen entsprechend der Bedeutung ihrer Projekte durch das BMZ erfolgsorientiert kofinanziert werden. Hierfür müssen die rechtlichen Möglichkeiten geschaffen werden.

Denn zugleich besteht erneut die Gefahr einer Zweiklassen-Förderung in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ): Einmal die neue große Durchführungsorganisation Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (giz) und dann die an der kurzen Leine gehaltenen zivilgesellschaftlichen oder kommunalen Initiativen, ohne die es nach den internationalen Beschlüssen (Agenda 21, MDGs) angeblich ja nicht geht, die aber dann doch keine „echte“ EP machen, also auch nicht direkt finanziert werden.

Eine direkte Finanzierung der KEpol wird nicht den Umfang der bilateralen oder multilateralen EP annehmen müssen, um bereits wichtige Aktivitäten zu ermöglichen - aktuell wird das Thema jedoch deutlich zu gering bedacht. Eine stärkere Förderung der KEpol durch den Bund ist nötig. Gleichermäßen wichtig ist der Ausbau von Vernetzungsangeboten, spezifischen Schulungen und unterstützenden Serviceleistungen für die entwicklungspolitisch aktive Kommunen. Nur so kann die Qualität und die Effizienz der KEpol das dringend notwendige Niveau in einem angemessenen Umfang erreichen.

### **Faires Beschaffungswesen in den Kommunen**

Viele Städte und Kommunen haben schon lange den Wunsch, mit vertretbarem Aufwand und unter Rechtssicherheit soziale, ökologische sowie allgemein faire Kriterien bei ihrer Beschaffung zu berücksichtigen. Für eine kohärente EP sind diesbezüglich internationale Kriterien wie die Kernarbeitsnormen der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) besonders wichtig. Die ILO versucht durch diese weltweit anerkannte Sozialstandards zu verhindern, dass sich einzelne Teilnehmer im internationalen Handel Vorteile verschaffen, indem sie Arbeitnehmerrechte abbauen und Arbeitsbedingungen verschlechtern.

Das zunächst rein an wirtschaftlichen Kriterien orientierte deutsche Vergaberecht ist kompliziert und insbesondere kleine Verwaltungen schreckt dies von der Einführung eines fairen Beschaffungswesens ab. Da zugleich kaum Produkte aus nachweislich fairer Produktion auf dem Markt angeboten werden, bleibt die faire Beschaffung in kleinen Kommunen ein unter den aktuellen Bedingungen nicht umzusetzender Wunsch.

Zugleich ist die Marktmacht von Bund, Ländern und Gemeinden groß: 16% des EU-Bruttoinlandproduktes beschafft die öffentliche Hand, was einem Betrag von mehreren Billionen Euro entspricht. Allein das öffentliche deutsche Beschaffungswesen hat jährlich ein Volumen von über 250 Mrd. Euro. In Studien wurde nachgewiesen, dass hiervon weit mehr als 50 Mrd. im Sinne einer fairen Beschaffung wirksam ausgegeben werden könnten. Damit wird deutlich, dass ein an entwicklungspolitischen Zielen ausgerichtetes Beschaffungswesen von Ländern und Kommunen enorme, positive Auswirkungen auf die betroffenen Länder haben könnte.

Die Entwicklungszusammenarbeit des Bundes, aber auch die vielen kleinen und größeren zivilgesellschaftlichen Initiativen, können die Schäden einer unfairen oder unökologischen Beschaffung nicht reparieren. Allein das Lindern der Symptome darf auch nicht das Ziel sein. Eine faire, soziale und ökologische Beschaffung hilft die Ursachen von Unterentwicklung zu bekämpfen.

### **Ausbeuterischer Kinderarbeit entgegen treten**

Jedes siebte Kind der Welt muss arbeiten, in Afrika ist es sogar jedes vierte. Und nachwievor müssen viele Kinder einer Tätigkeit nachgehen, die sie überfordert, der sie kaum gewachsen sind, die sie in ihrer Entwicklung beeinträchtigt und sie bereits in jungen Jahren gesundheitlich schädigt. Dies sind sowohl körperliche, psychische aber auch intellektuelle Schädigungen, an denen sie ihr ganzes Leben leiden. Damit verbundenen sind negative sozio-ökonomische Auswirkungen, die durchaus volkswirtschaftliche und damit gesamtgesellschaftliche Nachteile mit sich bringen.

Deshalb müssen wir uns auch in unseren Kommunen dafür einsetzen, dass weltweit alle Kinder die Möglichkeit bekommen eine Schule zu besuchen und nur Arbeiten verrichten müssen, die eine Schädigung ausschließen. Insbesondere muss die Kommune darauf achten, dass sie selbst keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit bezieht. Sie muss über ihren Bildungsauftrag und durch geeignete Öffentlichkeitsarbeit dazu beitragen, dass die Privatwirtschaft und der private Konsument beim Einkauf gleichermaßen bewusst handelt.

Alle Strategien zur Bekämpfung der Kinderarbeit müssen dabei von Maßnahmen zur Bekämpfung der Armut begleitet werden. Sie ist die unmittelbare Ursache der Kinderarbeit. Ein zunächst isolierter und einseitiger Boykott von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit, beispielsweise durch die Beschaffung der Kommunen, muss durch ergänzende Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit des Bundes begleitet werden. Die Bekämpfung der Kinderarbeit kann beispielhaft für eine gut abgestimmte und nach Kompetenzen aufgeteilte Zusammenarbeit zwischen den Akteuren der KEpol und den Maßnahmen des Bundes werden.

### **Bildung für nachhaltige Entwicklung in Ländern und Kommunen**

Die vielen Initiativen und aktiven Gruppen der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit verfügen bereits über vielfältige Praxiserfahrungen, Netzwerke, Praxisleitfäden und betreiben fundierte Wissenschaft. Trotzdem sind die Themen nachhaltige Entwicklung, fairer Handel und globale Zusammenhänge der Kommunalpolitik noch nicht überall angekommen. Sie haben noch nicht für alle BürgerInnen die Relevanz, die sie verdienen und brauchen.

Wie bei den anderen Themen der KEpol müssen sowohl die Kommunen als auch die vielen kleinen und regional aufgestellten entwicklungspolitischen Initiativen in ihrer Tätigkeit gestärkt werden. Sie haben das Ziel, durch Bildungsmaßnahmen Bewusstsein für EP zu schaffen. Aktionen der Bildung für nachhaltige Entwicklung brauchen auf besondere Weise sowohl eine Förderung der eigenständigen Akteure als auch umfangreiche Vernetzungsangebote. Derart fundiert durch eine Unterstützung des Bundes und der Länder begleitet, wird es den Initiativen möglich

sein, ihre Tätigkeit für globales Lernen auszubauen und diese beispielsweise auch intensiver in die schulische Bildung mit einzubringen.

## **Migration als Chance für die Entwicklungspolitik**

Viele Studien zeigen, dass Integration sehr erfolgreich verlaufen kann. Einen großen Anteil an solchen Erfolgen haben oftmals die beteiligten Kommunen. Bei ihnen findet statt, was Integration ausmacht, sie können aktiv zu diesen Erfolgen beitragen und sie müssen in dieser Arbeit gestärkt werden.

Zuwanderung stellt keine Bedrohung dar, sondern ist vielmehr Chance. Eine zeitgemäße Integrationspolitik sieht MigrantInnen als Bereicherung ohne damit einhergehende Probleme und Herausforderungen zu beschönigen und konzentriert sich auf Potentiale und Ressourcen. So auch beim Thema EP.

Von hohem Interesse für entwicklungspolitische Aktivitäten ist das konkrete und wertvolle Fachwissen vieler MigrantInnen. Sie kennen die wahren Bedürfnisse, Strukturen und auch die Machtgefüge in ihren Ländern oft viel besser und können daher auch unmittelbar berichten, welche Auswirkungen lokales Handeln in unseren Kommunen in anderen Teilen der Welt hat. ExpertInnen für die Situation vor Ort muss also nur ein Rahmen geboten werden, indem sie Kenntnisse und Erfahrungen kritisch und konstruktiv einbringen können. So könnten die vielfach abgekoppelten Initiativen der Migrantenorganisationen in unsere Kommunalpolitik effizienter und effektiver werden. Diese Form der Entwicklungszusammenarbeit findet direkt bei uns statt, in unseren Städten und Kommunen. Es muss gelingen diese zu unterstützen, einzubinden und zu würdigen.

In der Integrationspolitik wird das entwicklungspolitische Potenzial noch nicht mit einbezogen. Nur erste Einzelinitiativen greifen diese Verknüpfung von Integration, Migration und EP bereits auf, eine breite Unterstützung und selbstverständliche Zusammenarbeit der Akteure findet jedoch noch nicht statt.

## **Die Bundesdelegiertenkonferenz fordert die Deutsche Bundesregierung auf**

- ◆ gezielt die Unterstützung der bereits laufenden Aktivitäten der KEpol auszubauen. Dies soll insbesondere zivilgesellschaftlichen Organisationen auf regionaler Ebene in ihrem Engagement zugute kommen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kann sich dabei an Dänemark und den Niederlanden orientieren, wo vergleichbares seit Jahren gängige Praxis ist
- ◆ die KEpol mit ihren Schwerpunkten als festen und eigenständigen Bestandteil der staatlichen EP zu etablieren. Die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen sind dabei als freiwillige Aufgaben in Form von Verwaltungsvorschriften der Länder aufzunehmen. Die Bundesregierung muss sich für einen entsprechenden Abstimmungsprozess zwischen Bundesregierung, Ländern und Kommunen einsetzen, um kommunale entwicklungspolitische Initiativen direkt fördern zu können. Kommunen müssen den Rahmen ihrer entwicklungspolitischen Möglichkeiten mittels einer Bundesförderung voll ausschöpfen können. Die dafür notwendigen rechtlichen Änderungen sind auf den Weg zu bringen
- ◆ die Kohärenz zwischen den bilateralen Aktivitäten von Bund und Ländern sowie den spezifischen Aktivitäten der KEpol zu erhöhen
- ◆ den Schwerpunkt auf „Informations- und Bildungsarbeit“ ins Zentrum einer Förderung zu stellen, um insbesondere kleine und lokale Aktivitäten verstärkt zu unterstützen
- ◆ in Kooperation mit den Dachverbänden und entwicklungspolitischen Landesnetzwerken dezentrale Beratungsleistungen zur KEpol in allen Bundesländern umfangreich auszu-

bauen, Vernetzungsangebote zu erweitern, Praxishilfen zu ergänzen und gezielte Schulungsangebote für MitarbeiterInnen der kommunalen Verwaltung anzubieten

- ◆ zivilgesellschaftliche und kommunale Vertreter sowie Vertreter der Länder in die Steuerung der neuen Servicestelle für entwicklungspolitisches Engagement mit einzubeziehen
- ◆ in der Integrationspolitik eine entwicklungspolitische Perspektive einzunehmen, um vorhandene Kenntnisse zu nutzen, zu würdigen und eine intensive Zusammenarbeit von entwicklungspolitischen Organisationen und Migrantenorganisationen dezidiert zu unterstützen
- ◆ sich für eine internationale Erklärung der Kommunen einzusetzen, an der sich auch die Bundesregierung in ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten orientiert. Nur über eine gemeinsame Erklärung der entwicklungspolitisch aktiven Kommunen zu einem abgestimmten und wirksamen Vorgehen können die gesteckten Ziele der KEpol erreicht werden
- ◆ die Beschaffung der Bundesministerien und ihren nachgeordneten Behörden sowie insbesondere die Beschaffung über das Kaufhaus des Bundes um ökologische und soziale Bedingungen zu ergänzen. Über die Nachfragemacht der Bundesministerien können auch für Kommunen zugängliche Angebot an fairen Produkten entstehen. Entwicklungspolitische Kriterien wie die ILO-Kernarbeitsnormen müssen dabei eine zentrale Rolle spielen, wie dies beispielsweise in der Beschaffung des Landes Hamburg bereits praktiziert wird
- ◆ sich verstärkt international dafür einzusetzen, dass das im Rahmen des ILO-Übereinkommens 182 verabschiedete Verbot der schlimmsten Formen der Kinderarbeit weltweit umgesetzt wird und unverzüglich geeignete Maßnahmen zur Erreichung dieses Ziels ergriffen werden
- ◆ den rechtlichen Rahmen zu schaffen, dass in kommunalen Einrichtungen die Verwendung von Produkten aus ausbeuterischer Kinderarbeit durch Ratsbeschlüsse untersagt werden kann (beispielsweise das Aufstellen von aus Kinderarbeit stammenden Grabsteine auf kommunalen Friedhöfen)